

HAMBURGISCHES GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT

TEIL I

HmbGVBl. Nr. 30	DIENSTAG, DEN 29. OKTOBER	2024
Tag	Inhalt	Seite
15. 10. 2024	Fünfundfünfzigste Verordnung über die Erweiterung der Verkaufszeiten aus Anlass von besonderen Ereignissen im Bezirk Wandsbek	517
17. 10. 2024	Vierzigste Verordnung über die Erweiterung der Verkaufszeiten aus Anlass von besonderen Ereignissen im Bezirk Altona	518
17. 10. 2024	Zweite Verordnung zur Änderung schulischer Ausbildungs- und Prüfungsordnungen 223-1-15, 223-1-19	519
22. 10. 2024	Hamburgisches Gesetz zur Besoldungs- und Beamtenversorgungsanpassung 2024/2025 und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Regelungen neu: 2032-10h, 2032-1, 2030-4, 2032-1a, 2032-1-5, 2032-1-6	520
22. 10. 2024	Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Grundsteuergesetzes und des Landwirtschaftskammergesetzes 611-8, 780-1	554
22. 10. 2024	Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Hochschulgesetzes 221-1	555
18. 10. 2024	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Staatsvertrages zwischen dem Land Hessen und der Freien und Hansestadt Hamburg über die Führung des Schiffsregisters und des Schiffsbauregisters 315-24	556

Angaben unter dem Vorschriftentitel beziehen sich auf die Gliederungsnummern in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen der Freien und Hansestadt Hamburg.

Fünfundfünfzigste Verordnung über die Erweiterung der Verkaufszeiten aus Anlass von besonderen Ereignissen im Bezirk Wandsbek Vom 15. Oktober 2024

Auf Grund von § 8 Absatz 1 Satz 2 des Ladenöffnungsgesetzes vom 22. Dezember 2006 (HmbGVBl. S. 611), geändert am 15. Dezember 2009 (HmbGVBl. S. 444, 449), in Verbindung mit der Weiterübertragungsverordnung-Verkaufszeiten vom 3. April 2018 (HmbGVBl. S. 82), geändert am 6. Oktober 2020 (HmbGVBl. S. 523, 531), wird verordnet:

§ 1

Sonntagsöffnung am 3. November 2024

(1) Verkaufsstellen dürfen am Sonntag, dem 3. November 2024, in der Zeit von 13 Uhr bis 18 Uhr geöffnet sein aus Anlass der Veranstaltungen

1. „Kultur“,
2. „Kunst und Kultur“,

3. „Künstlerisch in den November“,
4. „Kulturmeile in Volksdorf“,
5. „Winterzauber und Kultur“.

(2) Nach § 8 Absatz 1 Satz 3 des Ladenöffnungsgesetzes wird die Freigabe der Öffnungszeiten nach Absatz 1

1. Nummer 1 auf die Marktplatz Galerie, Bramfelder Chaussee 230,

- | | |
|--|--|
| 2. Nummer 2 auf das Alstertal Einkaufszentrum Kritenborg/Heegborg bis zum Saseler Damm, | Brauhausstraße und Ring 2, Schloßstraße von Wandsbeker Marktstraße bis zum Ring 2 (BID-Bereich) |
| 3. Nummer 3 auf die auf die Verkaufsstelle Walddörferstraße 140, | beschränkt.

§ 2 |
| 4. Nummer 4 auf die Straßenzüge Im Alten Dorfe, Claus-Ferck-Straße, Dorfwinkel, Eulenkrugstraße, Uppenhof und Wiesenhöfen, | Schlussvorschrift
Die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Ladenschluss vom 12. Mai 1998 (HmbGVBl. S. 68), zuletzt geändert am 19. Oktober 2004 (HmbGVBl. S. 386), bleibt unberührt. |
| 5. Nummer 5 auf das Einkaufszentrum Wandsbek QUARREE sowie die Straßen Wandsbeker Marktstraße zwischen | |

Hamburg, den 15. Oktober 2024.

Das Bezirksamt Wandsbek

Vierzigste Verordnung über die Erweiterung der Verkaufszeiten aus Anlass von besonderen Ereignissen im Bezirk Altona

Vom 17. Oktober 2024

Auf Grund von § 8 Absatz 1 Satz 2 des Ladenöffnungsgesetzes vom 22. Dezember 2006 (HmbGVBl. S. 611), geändert am 15. Dezember 2009 (HmbGVBl. S. 444, 449), in Verbindung mit der Weiterübertragungsverordnung-Verkaufszeiten vom 3. April 2018 (HmbGVBl. S. 82), geändert am 6. Oktober 2020 (HmbGVBl. S. 523, 531), wird verordnet:

§ 1

Sonntagsverkaufszeiten im Bezirk Altona

(1) Verkaufsstellen dürfen am Sonntag, dem 3. November 2024, in der Zeit von 13 Uhr bis 18 Uhr geöffnet sein aus Anlass der Veranstaltungen

1. „Kunst und Kultur“,
2. „7. Altonaer Blaulicht- und Ehrenamtstag“.

(2) Nach § 8 Absatz 1 Satz 3 des Ladenöffnungsgesetzes wird die Freigabe der Öffnungszeiten nach Absatz 1

1. Nummer 1 auf Osdorfer Landstraße 131 bis 135,

2. Nummer 2 auf Jessenstraße 11, Große Bergstraße 146 bis 247, Neue Große Bergstraße 1 bis 44, Paul-Nevermann-Platz 1 bis 15, Hahnenkamp 1 bis 8, Ottenser Hauptstraße 1 bis 48, Spritzenplatz und Bahrenfelder Straße 71 bis 113
beschränkt.

§ 2

Schlussvorschrift

Die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Ladenschluss vom 12. Mai 1998 (HmbGVBl. S. 68), zuletzt geändert am 19. Oktober 2004 (HmbGVBl. S. 386), bleibt unberührt.

Hamburg, den 17. Oktober 2024.

Das Bezirksamt Altona

Zweite Verordnung zur Änderung schulischer Ausbildungs- und Prüfungsordnungen

Vom 17. Oktober 2024

Artikel 1

Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Grundschule und die Jahrgangsstufen 5 bis 10 der Stadtteilschule und des Gymnasiums

Auf Grund von § 8 Absatz 4, § 44 Absatz 4 Satz 1 und § 46 Absatz 2 Nummer 2 des Hamburgischen Schulgesetzes vom 16. April 1997 (HmbGVBl. S. 97), zuletzt geändert am 27. Mai 2024 (HmbGVBl. S. 124), und § 1 Nummern 2, 14 und 16 der Weiterübertragungsverordnung-Schulrecht vom 20. April 2010 (HmbGVBl. S. 324), geändert am 13. August 2024 (HmbGVBl. S. 192), wird verordnet:

Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Grundschule und die Jahrgangsstufen 5 bis 10 der Stadtteilschule und des Gymnasiums vom 22. Juli 2011 (HmbGVBl. S. 325), zuletzt geändert am 8. April 2024 (HmbGVBl. S. 92), wird wie folgt geändert:

1. In § 10 Absatz 4 erhalten die Sätze 4 und 5 folgende Fassung:

„Haben die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums an der Abschlussprüfung zum Erreichen des mittleren Schulabschlusses teilgenommen und werden sie nicht in die Studienstufe der gymnasialen Oberstufe versetzt, so werden zunächst die Noten für die im Unterricht des laufenden Schuljahres erbrachte Leistung entsprechend § 2 Absatz 7 umgerechnet und sodann die Zeugnisnote gemäß § 24 Absatz 3 Satz 2 gebildet. Werden die Schülerinnen und Schüler in die Studienstufe versetzt, bleiben die in der Abschlussprüfung erreichten Noten bei der Bildung der Zeugnisnote außer Betracht.“

2. In § 18 Absatz 1 Satz 4 wird die Textstelle „die Schülerin oder der Schüler an der Überprüfung nach § 32 Absatz 1 teilgenommen hat und“ gestrichen.

3. § 30 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

3.1 Nummer 1 wird gestrichen.

3.2 Nummern 2 und 3 werden Nummern 1 und 2.

4. § 32 erhält folgende Fassung:

„§ 32

Versetzung in die Studienstufe der gymnasialen Oberstufe

(1) Die Schülerinnen und Schüler werden aus der Jahrgangsstufe 10 des Gymnasiums in die Studienstufe der gymnasialen Oberstufe versetzt, wenn sie

1. in allen Unterrichtsfächern mindestens die Note „ausreichend“ (4) erzielt haben oder schlechtere Noten gemäß § 30 Absatz 3 ausgleichen können und
2. kein Fall des § 30 Absatz 4 vorliegt.

(2) Schülerinnen und Schüler, deren Erstsprache nicht Deutsch ist und die erstmals nach Beginn der Jahrgangsstufe 8 in ein Gymnasium in Deutschland eingetreten sind, können die Note in Englisch oder in einer weiteren Sprache durch eine Sprachfeststellungsprüfung ersetzen, wenn fachkundige Prüferinnen oder Prüfer mit der Lehrbefähigung oder einer gleichwertigen wissenschaftlichen Qualifikation für die gewählte Sprache zur Verfügung stehen. § 23 Absatz 1 Satz 2 und Absätze 2 bis 5 gilt entsprechend. Die Aufgaben für den schriftlichen Teil der Prüfung bestimmt die zuständige Behörde. Als Vermerk ist in das

Zeugnis aufzunehmen: „Die Note im Fach wurde im Rahmen einer Sprachfeststellungsprüfung festgestellt.“ Die Entscheidung, ob eine Sprachfeststellungsprüfung nach Satz 1 möglich ist, trifft die Zeugniskonferenz.

(3) Ausnahmsweise werden Schülerinnen und Schüler ohne Ausgleich für nicht ausreichende Leistungen versetzt, wenn mindestens ein Schullaufbahnvermerk nach § 10 Absatz 2 den Übergang in die gymnasiale Oberstufe vorsah, der Leistungsabfall durch längere Krankheit oder andere schwerwiegende Belastungen verursacht ist und wenn zu erwarten ist, dass die Schülerinnen und Schüler die Studienstufe der gymnasialen Oberstufe erfolgreich besuchen werden. Eine Versetzung auf Probe ist unzulässig.“

5. § 33 wird wie folgt geändert:

- 5.1 Absatz 5 erhält folgende Fassung:

„(5) Die Aufgaben für die schriftliche Prüfung an der Stadtteilschule in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch sowie die Aufgaben für Sprachfeststellungsprüfungen bestimmt die zuständige Behörde.“

- 5.2 In Absatz 6 Satz 3 wird die Textstelle „oder, wenn die Versetzung in die Studienstufe angestrebt wird, entsprechend § 32 Absatz 5 Satz 2“ gestrichen.

6. § 35 Absatz 6 wird aufgehoben.

7. In § 38 Absatz 3 Nummer 1 wird die Textstelle „aus dem Lernbereich Arbeit und Beruf;“ durch die Textstelle „Berufliche Orientierung,“ ersetzt.

8. Anlage 4 wird wie folgt geändert:

- 8.1 Zeile 9 erhält folgende Fassung:

„9	Berufliche Orientierung		228	6
	davon ab Jahrgangsstufe 8 mindestens		152	4“

- 8.2 In Zeile 17 werden die Wörter „der Lernbereich Arbeit und Beruf“ durch die Wörter „Berufliche Orientierung“ ersetzt.

9. Anlage 5 wird wie folgt geändert:

- 9.1 Zeile 9 erhält folgende Fassung:

„9	Berufliche Orientierung		171	4½
	davon ab Jahrgangsstufe 8 mindestens		114	3“

- 9.2 In Zeile 17 werden die Wörter „der Lernbereich Arbeit und Beruf“ durch die Wörter „Berufliche Orientierung“ ersetzt.

Artikel 2

Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife

Auf Grund von § 42 Absatz 6, 44 Absatz 4 Satz 1, und § 46 Absatz 2 Nummer 2 des Hamburgischen Schulgesetzes vom 16. April 1997 (HmbGVBl. S. 97), zuletzt geändert am 27. Mai 2024 (HmbGVBl. S. 124), und § 1 Nummern 12, 14 und 16 der Weiterübertragungsverordnung-Schulrecht vom 20. April 2010 (HmbGVBl. S. 324), geändert am 13. August 2024 (HmbGVBl. S. 192), wird verordnet:

Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife vom 25. März 2008 (HmbGVBl. S. 137), zuletzt geändert am 26. Oktober 2022 (HmbGVBl. S. 561, 575), wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:
 - 1.1 In Absatz 2 Satz 2 wird hinter dem Wort „Tests“ die Textstelle „, Klassenarbeiten oder Klausuren“ eingefügt.
 - 1.2 Absatz 3 wird aufgehoben.
 - 1.3 Absätze 4 bis 6 werden Absätzen 3 bis 5.
2. In § 4 Absatz 2 Satz 3 wird die Textstelle „Absätze 2 und 3“ durch die Textstelle „Absatz 2“ ersetzt.

3. In § 33 Absatz 6 Satz 1 wird die Textstelle „2 bis 4“ durch die Textstelle „2 und 3“ ersetzt.

Artikel 3

Schlussbestimmung

Auf Grund der in den Präambeln der Artikel 1 und 2 genannten Rechtsvorschriften wird ferner verordnet:

In Artikel 1 treten die Nummern 8.1 und 9.1 am 1. August 2025 in Kraft. Im Übrigen tritt diese Verordnung mit Wirkung vom 1. August 2024 in Kraft.

Hamburg, den 17. Oktober 2024.

Die Behörde für Schule und Berufsbildung

Hamburgisches Gesetz zur Besoldungs- und Beamtenversorgungsanpassung 2024/2025 und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Regelungen

Vom 22. Oktober 2024

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft beschlossene Gesetz:

Artikel 1

Hamburgisches Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2024/2025 (HmbBesVAnpG 2024/2025)

§ 1

Geltungsbereich

- (1) Dieses Gesetz gilt für die
1. Beamtinnen und Beamten der Freien und Hansestadt Hamburg,
 2. Richterinnen und Richter der Freien und Hansestadt Hamburg,
 3. Beamtinnen und Beamten der der Aufsicht der Freien und Hansestadt Hamburg unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts,
 4. Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, denen laufende Versorgungsbezüge zustehen, die die Freie und Hansestadt Hamburg oder eine der Aufsicht der Freien und Hansestadt Hamburg unterstehende Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts zu tragen hat.
- (2) Dieses Gesetz gilt nicht für die
1. ehrenamtlichen Beamtinnen und Beamten der Freien und Hansestadt Hamburg,
 2. ehrenamtlichen Richterinnen und Richter der Freien und Hansestadt Hamburg,
 3. öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihre Verbände.

§ 2

Erhöhung der Dienstbezüge und sonstigen Bezüge ab dem 1. November 2024

(1) Ab dem 1. November 2024 werden die Grundgehaltssätze nach dem Hamburgischen Besoldungsgesetz (HmbBesG) vom 26. Januar 2010 (HmbGVBl. S. 23), zuletzt geändert am 17. November 2023 (HmbGVBl. S. 361, 362), um 200 Euro erhöht.

(2) Die Erhöhung nach Absatz 1 gilt entsprechend für

1. die Grundgehaltssätze
 - a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
 - b) der nach § 80 HmbBesG künftig wegfallenden Ämter,
2. die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter sowie festgesetzte Sondergrundgehälter nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
3. die Grundgehaltssätze der gemäß § 41 Absatz 1 HmbBesG fortgeltenden Bundesbesoldungsordnung C gemäß Anlage IV in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung mit den am Tag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Beträgen (Anlage X HmbBesG).

(3) Ab dem 1. November 2024 werden um 4,76 vom Hundert erhöht

1. der Familienzuschlag der Stufen 1 bis 4,

2. die Amtszulagen sowie die allgemeinen Stellenzulagen nach § 48 HmbBesG,
3. die Leistungsbezüge nach § 32 HmbBesG, die Grundleistungsbezüge nach § 33 HmbBesG, der Gesamtbetrag der nach § 38 Absatz 2 Satz 4 HmbBesG für ruhegehaltfähig erklärten Leistungsbezüge sowie die Lehrvergütung nach § 41 Absatz 6 HmbBesG,
4. die Beträge zu § 4 Absätze 1 und 2 der Hamburgischen Mehrarbeitsvergütungsverordnung vom 8. Mai 2012 (HmbGVBl. S. 171), zuletzt geändert am 11. Juli 2023 (HmbGVBl. S. 238),
5. die Beträge nach § 4 Absatz 1 Nummer 1, § 4a Absatz 1 Satz 1 Nummern 1 und 2, § 4b Absatz 1 Satz 1 Nummern 1 und 2 sowie § 16a der Hamburgischen Erschwerniszulagenverordnung vom 23. Juli 2013 (HmbGVBl. S. 340), zuletzt geändert am 4. Juli 2023 (HmbGVBl. S. 238).

(4) Der Familienzuschlag der Stufen 5 und höher wird um jeweils 27 Euro erhöht.

(5) Die Anwärtergrundbeträge werden ab dem 1. November 2024 um 100 Euro erhöht.

§ 3

Anpassung von Bezügen nach fortgeltendem Recht

Die Erhöhung nach § 2 Absatz 2 gilt entsprechend für die

1. in festen Beträgen ausgewiesenen Zuschüsse zum Grundgehalt nach den Vorbemerkungen Nummern 1 und 2 gemäß Anlage II in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung des Bundesbesoldungsgesetzes mit dem am Tag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Beträgen,
2. allgemeine Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 2b gemäß Anlage II in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung des Bundesbesoldungsgesetzes mit dem am Tag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Betrag (Anlage X HmbBesG).

§ 4

Erhöhung der Versorgungsbezüge ab dem 1. November 2024

Bei Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern gilt die Erhöhung nach § 2 entsprechend für die in den §§ 2 und 3 genannten Bezügebestandteile, sofern sie der Berechnung ihrer Versorgungsbezüge zugrunde liegen.

§ 5

Erhöhung der Dienstbezüge und sonstigen Bezüge ab dem 1. Februar 2025

Ab dem 1. Februar 2025 werden um 5,5 vom Hundert erhöht

1. die Grundgehaltssätze,
2. der Familienzuschlag der Stufen 1 bis 3,
3. die Amtszulagen sowie die allgemeinen Stellenzulagen nach § 48 HmbBesG,
4. die Leistungsbezüge nach § 32 HmbBesG, die Grundleistungsbezüge nach § 33 HmbBesG, der Gesamtbetrag der nach § 38 Absatz 2 Satz 4 HmbBesG für ruhegehaltfähig erklärten Leistungsbezüge sowie die Lehrvergütung nach § 41 Absatz 6 HmbBesG,
5. die Beträge zu § 4 Absätze 1 und 2 der Hamburgischen Mehrarbeitsvergütungsverordnung,
6. die Beträge nach § 4 Absatz 1 Nummer 1, § 4a Absatz 1 Satz 1 Nummern 1 und 2 sowie § 4b Absatz 1 Satz 1 Nummern 1 und 2 der Hamburgischen Erschwerniszulagenverordnung,

7. die Anwärtergrundbeträge.

§ 6

Anpassung von Bezügen nach fortgeltendem Recht

Die Erhöhung nach § 5 gilt entsprechend für

1. die Grundgehaltssätze
 - a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
 - b) der nach § 80 HmbBesG künftig wegfallenden Ämter,
2. die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
3. die Grundgehaltssätze der gemäß § 41 Absatz 1 HmbBesG fortgeltenden Bundesbesoldungsordnung C gemäß Anlage IV in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung mit den am Tag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Beträgen (Anlage X HmbBesG),
4. die
 - a) in festen Beträgen ausgewiesenen Zuschüsse zum Grundgehalt nach den Vorbemerkungen Nummern 1 und 2 gemäß Anlage II in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung des Bundesbesoldungsgesetzes mit den am Tag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Beträgen,
 - b) allgemeine Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 2b gemäß Anlage II in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung des Bundesbesoldungsgesetzes mit dem am Tag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Betrag (Anlage X HmbBesG).

§ 7

Erhöhung der Versorgungsbezüge ab dem 1. Februar 2025

Bei Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern gilt die Erhöhung nach § 5 entsprechend für die in den §§ 5 und 6 genannten Bezügebestandteile, sofern sie der Berechnung ihrer Versorgungsbezüge zugrunde liegen.

Artikel 2

Änderung des Hamburgischen Besoldungsgesetzes

In Anlage VII des Hamburgischen Besoldungsgesetzes vom 26. Januar 2010 (HmbGVBl. S. 23), zuletzt geändert am 17. November 2023 (HmbGVBl. S. 361, 362), wird die Textstelle „145,96“ durch die Textstelle „141,98“ ersetzt.

Artikel 3

Weitere Änderung des Hamburgischen Besoldungsgesetzes

In Anlage VII des Hamburgischen Besoldungsgesetzes vom 26. Januar 2010 (HmbGVBl. S. 23), zuletzt geändert durch Artikel 2 dieses Gesetzes, wird die Textstelle „141,98“ durch die Textstelle „145,96“ ersetzt.

Artikel 4

Weitere Änderung des Hamburgischen Besoldungsgesetzes

Das Hamburgische Besoldungsgesetz vom 26. Januar 2010 (HmbGVBl. S. 23), zuletzt geändert durch Artikel 3 dieses Gesetzes, wird wie folgt geändert:

1. In § 13 Absatz 2 wird hinter dem Wort „Dienstkraftfahrzeug“ die Textstelle „oder eine BahnCard 100“ eingefügt.
2. In § 45 Absatz 5 wird folgender Satz angefügt:

- „Anspruchsberechtigte in Teilzeit, die zusammen nicht die regelmäßige Arbeitszeit einer Vollbeschäftigung erreichen, erhalten den Zuschlag im Sinne des Satzes 1 anteilig entsprechend der Summe der individuell vereinbarten Arbeitszeiten.“
3. In § 45a Absatz 2 wird hinter Satz 1 folgender Satz eingefügt:
„Maßgeblich ist die sich aus den Verhältnissen des Bezugsmonats ergebende Jahresbesoldung.“
 4. In Anlage I wird im Eintrag zu Besoldungsgruppe A 15 hinter der Textstelle „Studiendirektorin, Studiendirektor“ die Textstelle „– als Leiterin oder Leiter der Verwaltungsschule im Zentrum für Aus- und Fortbildung –“ eingefügt.
 5. Anlage II wird wie folgt geändert:
 - 5.1 Die Textstelle „Besoldungsgruppe B 1 Keine Ämter“ wird gestrichen.
 - 5.2 Im Eintrag zu Besoldungsgruppe B 4 wird die Textstelle „Bezirksamtsleiterin, Bezirksamtsleiter“ gestrichen.
 - 5.3 Im Eintrag zu Besoldungsgruppe B 6 wird hinter der Überschrift die Textstelle „Bezirksamtsleiterin, Bezirksamtsleiter“ eingefügt.
 6. Die Anlagen VII und VIIa erhalten die aus Anlage 1 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.
 7. Die Anlagen VI, VII und VIII bis X erhalten die aus Anlage 2 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

Artikel 5

Änderung des Hamburgischen Beamtenversorgungsgesetzes

Das Hamburgische Beamtenversorgungsgesetz vom 26. Januar 2010 (HmbGVBl. S. 23, 72), zuletzt geändert am 11. Juli 2023 (HmbGVBl. S. 250), wird wie folgt geändert:

1. In Abschnitt 13a der Inhaltsübersicht wird hinter dem Eintrag zu § 89k folgender Eintrag eingefügt:
„§ 89l Ergänzendes Altersgeld aufgrund eines Wechsels in den öffentlichen Dienst eines Mitgliedsstaats der Europäischen Union“.
2. In § 5 Absatz 1 Satz 1 wird der Betrag „150,04 Euro“ durch den Betrag „157,18 Euro“ und der Betrag „107,16 Euro“ durch den Betrag „112,26 Euro“ ersetzt.
3. § 17 wird wie folgt geändert:
 - 3.1 In Absatz 1 Nummer 4 wird die Zahl „520“ durch die Zahl „538“ ersetzt.
 - 3.2 In Absatz 3 Satz 1 wird hinter dem Wort „Sozialgesetzbuch“ die Textstelle „in der Fassung vom 19. Februar 2002 (BGBl. I S. 757, 1404, 3384), zuletzt geändert am 30. Mai 2024 (BGBl. I Nr. 173 S. 1, 3“ eingefügt.
4. § 39 Absatz 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:
„Dieser beträgt bei einem Grad der Schädigungsfolgen von

30	179 Euro,
40	244 Euro,
50	362 Euro,
60	452 Euro,
70	620 Euro,
80	740 Euro,
90	889 Euro,
100	989 Euro.“

5. § 56 wird wie folgt geändert:
 - 5.1 In Absatz 4 wird der Betrag „2,96 Euro“ durch den Betrag „3,10 Euro“ ersetzt.
 - 5.2 Absatz 6 wird wie folgt geändert:
 - 5.2.1 In Nummer 1 wird der Betrag „1,00 Euro“ durch den Betrag „1,05 Euro“ ersetzt.
 - 5.2.2 In Nummer 2 wird der Betrag „0,73 Euro“ durch den Betrag „0,76 Euro“ ersetzt.
6. § 57 Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - 6.1 In Nummer 1 wird der Betrag „1,95 Euro“ durch den Betrag „2,04 Euro“ ersetzt.
 - 6.2 In Nummer 2 wird der Betrag „1,00 Euro“ durch den Betrag „1,05 Euro“ ersetzt.
7. § 58 wird wie folgt geändert:
 - 7.1 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - 7.1.1 In Satz 1 wird der Betrag „2,07 Euro“ durch den Betrag „2,17 Euro“ ersetzt.
 - 7.1.2 In Satz 3 wird der Betrag „2,96 Euro“ durch den Betrag „3,10 Euro“ ersetzt.
 - 7.2 In Absatz 3 Satz 3 wird der Betrag „1 Euro“ durch den Betrag „1,05 Euro“ ersetzt.
8. In § 59 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 und Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 wird jeweils die Zahl „520“ durch die Zahl „538“ ersetzt.
9. In § 61 Absatz 2a Satz 1 wird der Betrag „53,26 Euro“ durch den Betrag „55,80 Euro“ ersetzt.
10. In § 64 Absatz 2 Nummer 2 wird die Zahl „520“ durch die Zahl „538“ ersetzt.
11. In § 89d Absatz 7 Satz 3 wird jeweils die Zahl „520“ durch die Zahl „538“ ersetzt.
12. Hinter § 89k wird folgender § 89l eingefügt:

„§ 89l

Ergänzendes Altersgeld aufgrund eines Wechsels in den öffentlichen Dienst eines Mitgliedsstaats der Europäischen Union

(1) Auf Antrag erhalten Beamtinnen und Beamte, die gemäß § 23 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 des Beamtenstatusgesetzes vor dem 1. Juni 2014 aus dem Beamtenverhältnis entlassen wurden und nach § 8 Absatz 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch nachversichert wurden, wenn sie oder er im unmittelbaren Anschluss eine ihrer Art oder der erforderlichen Ausbildung nach ähnliche berufliche Tätigkeit in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder in einem Land aufgenommen haben, in dem nach einem Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union Artikel 45 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union oder gleichwertige Regelungen zur Anwendung kommen, ein ergänzendes Altersgeld. Die Unmittelbarkeit wird vermutet, wenn zwischen der Beendigung und dem Beginn der beruflichen Tätigkeit in dem anderen Mitgliedsstaat nicht mehr als drei Monate vergangen sind.

(2) Ein Anspruch auf ergänzendes Altersgeld besteht nicht, wenn das Beamtenverhältnis ohne den Antrag durch Entfernung aus dem Beamtenverhältnis oder wegen einer vor Beendigung des Beamtenverhältnisses begangenen Tat durch den Verlust der Beamtenrechte geendet hätte.

(3) Die Hinterbliebenen der oder des nach Absatz 1 Anspruchsberechtigten erhalten ein ergänzendes Hinterbliebenenaltersgeld.

(4) Für die Berechnung des ergänzenden Altersgeldes und des ergänzenden Hinterbliebenenaltersgeldes gelten die §§ 89a bis 89k sinngemäß. § 89c Absatz 3 Satz 2 findet keine Anwendung. Die sich aus der Nachversicherung der altersgeldfähigen Dienstzeit in der gesetzlichen Rentenversicherung ergebenden Renten werden in vollem Umfang auf das ergänzende Altersgeld oder das ergänzende Hinterbliebenenaltersgeld angerechnet.

(5) Das ergänzende Altersgeld und das ergänzende Hinterbliebenenaltersgeld werden unter den Voraussetzungen dieses Abschnitts rückwirkend gezahlt.

(6) Für das Vorliegen der Voraussetzungen nach Absatz 1 hat die ehemalige Beamtin oder der ehemalige Beamte oder haben die Hinterbliebenen die notwendigen Nachweise der zuständigen Stelle vorzulegen.“

Artikel 6

Änderung des Hamburgischen Besoldungsüberleitungsgesetzes

Die Anlagen 1 und 2 des Hamburgischen Besoldungsüberleitungsgesetzes vom 26. Januar 2010 (HmbGVBl. S. 23, 67), zuletzt geändert am 11. Oktober 2022 (HmbGVBl. S. 533, 535), erhalten die aus Anlage 3 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

Artikel 7

Änderung der Hamburgischen Mehrarbeitsvergütungsverordnung

§ 4 der Hamburgischen Mehrarbeitsvergütungsverordnung vom 8. Mai 2012 (HmbGVBl. S. 171), zuletzt geändert am 4. Juli 2023 (HmbGVBl. S. 238), wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 werden die Beträge „16,60 Euro“ durch „17,39 Euro“, „22,76 Euro“ durch „23,84 Euro“ und „30,87 Euro“ durch „32,34 Euro“ ersetzt.
2. In Absatz 2 werden die Beträge „20,85 Euro“ durch „21,84 Euro“, „25,81 Euro“ durch „27,04 Euro“ und „35,83 Euro“ durch „37,54 Euro“ ersetzt.

Artikel 8

Änderung der Hamburgischen Erschwerniszulagenverordnung

Die Hamburgische Erschwerniszulagenverordnung vom 23. Juli 2013 (HmbGVBl. S. 340), zuletzt geändert am 4. Juli 2023 (HmbGVBl. S. 238), wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Absatz 1 Nummer 1 wird der Betrag „3,75 Euro“ durch den Betrag „3,93 Euro“ ersetzt.
2. In § 4a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und § 4b Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 wird jeweils der Betrag „3,76 Euro“ durch den Betrag „3,94 Euro“ ersetzt.
3. In § 4a Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und § 4b Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 wird jeweils der Betrag „4,83 Euro“ durch den Betrag „5,06 Euro“ ersetzt.
4. § 15 Absatz 1 erhält folgende Fassung:
 „(1) Beamtinnen und Beamte des Polizeivollzugsdienstes, die ständig für besondere polizeiliche Einsätze
 1. in der Spezialeinheit Personen- und Veranstaltungsschutz,
 2. in einer Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit oder

3. als ausgebildete Entschärferinnen bzw. Entschärfer von unkonventionellen Spreng- oder Brandvorrichtungen verwendet werden, erhalten eine Zulage in Höhe von 170 Euro monatlich.“

5. Hinter § 16 wird folgender § 16a eingefügt:

„§ 16a

Zulage für Beamtinnen und Beamte im Krankenpflegedienst

Beamtinnen und Beamte, die als Pflegefachfrau bzw. Pflegefachmann im Maßregel- oder im Justizvollzug eingesetzt werden, erhalten eine monatliche Zulage in Höhe von 143,92 Euro.“

6. In § 16a wird der Betrag „143,92 Euro“ durch den Betrag „150,77 Euro“ ersetzt.

Artikel 9

Weitere Änderung des Hamburgischen Besoldungsgesetzes

Das Hamburgische Besoldungsgesetz vom 26. Januar 2010 (HmbGVBl. S. 23), zuletzt geändert durch Artikel 4 dieses Gesetzes, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird der Eintrag zu § 83 aufgehoben.
2. In § 69 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
 „Erhöht sich der Vomhundertsatz der Anwärtersonderzuschläge, erstreckt sich diese Erhöhung auch auf diejenigen Anwärterinnen und Anwärter, denen ein Anwärtersonderzuschlag im Vorbereitungsdienst der jeweiligen Fachrichtung in der entsprechenden Laufbahngruppe und dem entsprechenden Einstiegsamt bereits gewährt wird.“
3. § 83 wird aufgehoben.
4. Anlage VIIa erhält die aus Anlage 4 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.
5. Die Anlagen VI, VII und VIII bis X erhalten die aus Anlage 5 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

Artikel 10

Weitere Änderung des Hamburgischen Beamtenversorgungsgesetzes

Das Hamburgische Beamtenversorgungsgesetz vom 26. Januar 2010 (HmbGVBl. S. 23, 72), zuletzt geändert durch Artikel 5 dieses Gesetzes, wird wie folgt geändert:

1. In § 5 Absatz 1 Satz 1 wird der Betrag „157,18 Euro“ durch den Betrag „165,82 Euro“ und der Betrag „112,26 Euro“ durch den Betrag „118,43 Euro“ ersetzt.
2. In § 17 Absatz 1 Nummer 4 wird die Zahl „538“ durch die Zahl „556“ ersetzt.
3. § 39 Absatz 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:
 „Dieser beträgt bei einem Grad der Schädigungsfolgen von

30	189 Euro,
40	257 Euro,
50	382 Euro,
60	477 Euro,
70	654 Euro,
80	781 Euro,
90	938 Euro,
100	1.043 Euro.“

4. § 56 wird wie folgt geändert:
- 4.1 In Absatz 4 wird der Betrag „3,10 Euro“ durch den Betrag „3,27 Euro“ ersetzt.
- 4.2 Absatz 6 wird wie folgt geändert:
- 4.2.1 In Nummer 1 wird der Betrag „1,05 Euro“ durch den Betrag „1,11 Euro“ ersetzt.
- 4.2.2 In Nummer 2 wird der Betrag „0,76 Euro“ durch den Betrag „0,80 Euro“ ersetzt.
5. § 57 Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- 5.1 In Nummer 1 wird der Betrag „2,04 Euro“ durch den Betrag „2,15 Euro“ ersetzt.
- 5.2 In Nummer 2 wird der Betrag „1,05 Euro“ durch den Betrag „1,11 Euro“ ersetzt.
6. § 58 wird wie folgt geändert:
- 6.1 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- 6.1.1 In Satz 1 wird der Betrag „2,17 Euro“ durch den Betrag „2,29 Euro“ ersetzt.
- 6.1.2 In Satz 3 wird der Betrag „3,10 Euro“ durch den Betrag „3,27 Euro“ ersetzt.
- 6.2 In Absatz 3 Satz 3 wird der Betrag „1,05 Euro“ durch den Betrag „1,11 Euro“ ersetzt.
7. In § 59 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 und Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 wird jeweils die Zahl „538“ durch die Zahl „556“ ersetzt.
8. In § 61 Absatz 2a Satz 1 wird der Betrag „55,80 Euro“ durch den Betrag „58,87 Euro“ ersetzt.
9. In § 64 Absatz 2 Nummer 2 wird die Zahl „538“ durch die Zahl „556“ ersetzt.
10. In § 89d Absatz 7 Satz 3 wird jeweils die Zahl „538“ durch die Zahl „556“ ersetzt.

Artikel 11

Weitere Änderung des Hamburgischen Besoldungsüberleitungsgesetzes

Die Anlagen 1 und 2 des Hamburgischen Besoldungsüberleitungsgesetzes vom 26. Januar 2010 (HmbGVBl. S. 23, 67), zuletzt geändert durch Artikel 6 dieses Gesetzes, erhalten die aus Anlage 6 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

Artikel 12

Weitere Änderung der Hamburgischen Mehrarbeitsvergütungsverordnung

§ 4 der Hamburgischen Mehrarbeitsvergütungsverordnung vom 8. Mai 2012 (HmbGVBl. S. 171), zuletzt geändert durch Artikel 7 dieses Gesetzes, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 werden die Beträge „17,39 Euro“ durch „18,35 Euro“, „23,84 Euro“ durch „25,15 Euro“ und „32,34 Euro“ durch „34,12 Euro“ ersetzt.
2. In Absatz 2 werden die Beträge „21,84 Euro“ durch „23,04 Euro“, „27,04 Euro“ durch „28,53 Euro“ und „37,54 Euro“ durch „39,60 Euro“ ersetzt.

Artikel 13

Weitere Änderung der Hamburgischen Erschwerniszulagenverordnung

Die Hamburgische Erschwerniszulagenverordnung vom 23. Juli 2013 (HmbGVBl. S. 340), zuletzt geändert durch Artikel 8 dieses Gesetzes, wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Absatz 1 Nummer 1 wird der Betrag „3,93 Euro“ durch den Betrag „4,15 Euro“ ersetzt.
2. In § 4a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und § 4b Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 wird jeweils der Betrag „3,94 Euro“ durch den Betrag „4,16 Euro“ ersetzt.
3. In § 4a Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und § 4b Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 wird jeweils der Betrag „5,06 Euro“ durch den Betrag „5,34 Euro“ ersetzt.
4. In § 16a wird der Betrag „150,77 Euro“ durch den Betrag „159,06 Euro“ ersetzt.

Artikel 14

Weitere Änderung des Hamburgischen Besoldungsgesetzes

Anlage IX des Hamburgischen Besoldungsgesetzes vom 26. Januar 2010 (HmbGVBl. S. 23), zuletzt geändert durch Artikel 9 dieses Gesetzes, erhält die aus Anlage 7 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

Artikel 15

Weitere Änderung des Hamburgischen Besoldungsgesetzes

Anlage IX des Hamburgischen Besoldungsgesetzes vom 26. Januar 2010 (HmbGVBl. S. 23), zuletzt geändert durch Artikel 14 dieses Gesetzes, erhält die aus Anlage 8 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

Artikel 16

Schlussbestimmungen

Artikel 2 tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2022 in Kraft. Artikel 3 tritt mit Wirkung vom 1. Dezember 2022 in Kraft. Artikel 4 Nummern 3 und 6, Artikel 5 Nummern 3, 8, 10 und 11 sowie Artikel 8 Nummer 5 treten mit Wirkung vom 1. Januar 2024 in Kraft. Artikel 4 Nummer 4 tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 2024 in Kraft. Artikel 4 Nummer 7, Artikel 5 Nummern 2, 4 bis 7 und 9, die Artikel 6 und 7 sowie Artikel 8 Nummern 1 bis 4 und 6 treten am 1. November 2024 in Kraft. Artikel 9 Nummer 4 und Artikel 10 Nummern 2, 7, 9 und 10 treten am 1. Januar 2025 in Kraft. Artikel 9 Nummer 5, Artikel 10 Nummern 1, 3 bis 6 und 8 sowie die Artikel 11 bis 13 treten am 1. Februar 2025 in Kraft. Artikel 14 tritt am 1. August 2025 in Kraft. Artikel 4 Nummern 5.2 und 5.3 tritt am 1. November 2025 in Kraft. Artikel 15 tritt am 1. August 2026 in Kraft. Im Übrigen tritt dieses Gesetz am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Ausgefertigt Hamburg, den 22. Oktober 2024.

Der Senat

Anlage 1
(zu Artikel 4 Nummer 6)

„Anlage VII
Gültig ab 1. Januar 2024

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

	§ 45 Absatz 1	§ 45 Absatz 2	Gesamt
Stufe 1 (verheiratet)	145,96		145,96
Stufe 2 (mit einem Kind)	145,96	170,00	315,96
Stufe 3 (mit zwei Kindern)	145,96	340,00	485,96
Stufe 4 (mit drei Kindern)	145,96	1.140,00	1.285,96
Stufe 5 (mit vier Kindern)	145,96	2.018,00	2.163,96

Für jedes weitere Kind erhöht sich der Familienzuschlag um weitere 878 Euro.

Erhöhungsbeträge für Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind
in den Besoldungsgruppen A 3 bis A 5 um je 5,11 Euro
ab Stufe 3 (§ 45 Absatz 2) für jedes weitere zu berücksichtigende Kind
in Besoldungsgruppe A 3 um je 25,56 Euro,
in Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro
und in Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anlage VIIa

Gültig ab 1. Januar 2024

Besoldungsergänzungszuschuss
 (Monatsbeträge in Euro)

Der Besoldungsergänzungszuschuss gemäß § 45a beträgt für Beamtinnen und Beamte

bei einem zu berücksichtigenden Kind
 bis zu einem Bemessungswert von 42.750 Euro (Jahresbruttowert)

Besoldungsgruppe											
Stufe	A 4 ¹ + Zulage	A 5 ² + Zulage	A 6	A 6 ³ + Zulage	A 6 ⁴ + Zulage	A 7	A 8	A 9 ⁵	A 9 ⁶ + Zulage	A 9 ⁷	A 10
1	292 €	262 €	284 €	227 €	133 €	184 €	35 €				
2	231 €	197 €	207 €	150 €	56 €	96 €					
3	170 €	133 €	131 €	74 €		8 €					
4	110 €	69 €	61 €	4 €							
5	56 €	4 €									
6	23 €										

bei zwei zu berücksichtigenden Kindern
 bis zu einem Bemessungswert von 52.000 Euro

Besoldungsgruppe											
Stufe	A 4 ¹ + Zulage	A 5 ² + Zulage	A 6	A 6 ³ + Zulage	A 6 ⁴ + Zulage	A 7	A 8	A 9 ⁵	A 9 ⁶ + Zulage	A 9 ⁷	A 10
1	846 €	821 €	858 €	801 €	708 €	758 €	610 €	421 €	97 €	410 €	203 €
2	785 €	757 €	781 €	724 €	631 €	671 €	506 €	311 €		301 €	55 €
3	725 €	692 €	705 €	648 €	555 €	583 €	402 €	202 €		192 €	
4	664 €	628 €	636 €	579 €	485 €	496 €	296 €	90 €		80 €	
5	610 €	564 €	566 €	509 €	416 €	408 €	191 €				
6	577 €	499 €	497 €	440 €	346 €	320 €	93 €				
7	553 €	474 €	427 €	370 €	277 €	238 €					
8	550 €	462 €	399 €	342 €	248 €	179 €					

bei drei zu berücksichtigenden Kindern
bis zu einem Bemessungswert von 61.500 Euro

Besoldungsgruppe											
Stufe	A 4 ¹ + Zulage	A 5 ² + Zulage	A 6	A 6 ³ + Zulage	A 6 ⁴ + Zulage	A 7	A 8	A 9 ⁵	A 9 ⁶ + Zulage	A 9 ⁷	A 10
1	785 €	766 €	819 €	762 €	668 €	718 €	570 €	381 €	57 €	371 €	164 €
2	725 €	702 €	741 €	685 €	591 €	631 €	466 €	272 €		261 €	16 €
3	664 €	637 €	665 €	609 €	515 €	543 €	362 €	162 €		152 €	
4	604 €	573 €	596 €	539 €	445 €	456 €	257 €	50 €		40 €	
5	550 €	509 €	527 €	470 €	376 €	368 €	151 €				
6	516 €	444 €	457 €	400 €	306 €	281 €	53 €				
7	493 €	419 €	388 €	331 €	237 €	199 €					
8	489 €	407 €	359 €	303 €	209 €	139 €					

bei vier zu berücksichtigenden Kindern
bis zu einem Bemessungswert von 71.250 Euro

Besoldungsgruppe											
Stufe	A 4 ¹ + Zulage	A 5 ² + Zulage	A 6	A 6 ³ + Zulage	A 6 ⁴ + Zulage	A 7	A 8	A 9 ⁵	A 9 ⁶ + Zulage	A 9 ⁷	A 10
1	670 €	656 €	724 €	667 €	573 €	623 €	475 €	286 €		276 €	69 €
2	609 €	591 €	646 €	590 €	496 €	536 €	371 €	177 €		166 €	
3	549 €	527 €	570 €	514 €	420 €	448 €	267 €	67 €		57 €	
4	488 €	462 €	501 €	444 €	350 €	361 €	162 €				
5	434 €	398 €	432 €	375 €	281 €	273 €	56 €				
6	401 €	334 €	362 €	305 €	211 €	186 €					
7	378 €	308 €	293 €	236 €	142 €	104 €					
8	374 €	297 €	264 €	208 €	114 €	44 €					

bei fünf zu berücksichtigenden Kindern
bis zu einem Bemessungswert von 80.750 Euro

Besoldungsgruppe											
Stufe	A 4 ¹ + Zulage	A 5 ² + Zulage	A 6	A 6 ³ + Zulage	A 6 ⁴ + Zulage	A 7	A 8	A 9 ⁵	A 9 ⁶ + Zulage	A 9 ⁷	A 10
1	534 €	524 €	608 €	551 €	457 €	508 €	359 €	170 €		160 €	
2	473 €	460 €	531 €	474 €	380 €	420 €	255 €	61 €		51 €	
3	413 €	396 €	455 €	398 €	304 €	332 €	151 €				
4	352 €	331 €	385 €	328 €	235 €	245 €	46 €				
5	298 €	267 €	316 €	259 €	165 €	157 €					
6	265 €	203 €	246 €	189 €	96 €	70 €					
7	241 €	177 €	177 €	120 €	26 €						
8	238 €	166 €	149 €	92 €							

bei neun zu berücksichtigenden Kindern
bis zu einem Bemessungswert von 122.750 Euro

Besoldungsgruppe											
Stufe	A 4 ¹ + Zulage	A 5 ² + Zulage	A 6	A 6 ³ + Zulage	A 6 ⁴ + Zulage	A 7	A 8	A 9 ⁵	A 9 ⁶ + Zulage	A 9 ⁷	A 10
1	322 €	332 €	478 €	421 €	327 €	378 €	229 €	40 €		30 €	
2	261 €	268 €	401 €	344 €	250 €	290 €	125 €				
3	201 €	204 €	325 €	268 €	174 €	202 €	21 €				
4	140 €	139 €	255 €	198 €	105 €	115 €					
5	86 €	75 €	186 €	129 €	35 €	27 €					
6	53 €	11 €	116 €	59 €							
7	30 €		47 €								
8	26 €		19 €								

bei zehn zu berücksichtigenden Kindern
bis zu einem Bemessungswert von 134.000 Euro

Besoldungsgruppe											
Stufe	A 4 ¹ + Zulage	A 5 ² + Zulage	A 6	A 6 ³ + Zulage	A 6 ⁴ + Zulage	A 7	A 8	A 9 ⁵	A 9 ⁶ + Zulage	A 9 ⁷	A 10
1	331 €	347 €	508 €	451 €	357 €	408 €	259 €	70 €		60 €	
2	271 €	282 €	431 €	374 €	280 €	320 €	155 €				
3	210 €	218 €	355 €	298 €	204 €	232 €	51 €				
4	150 €	154 €	285 €	228 €	135 €	145 €					
5	96 €	90 €	216 €	159 €	65 €	57 €					
6	62 €	25 €	146 €	89 €							
7	39 €		77 €	20 €							
8	35 €		49 €								

- ¹ Amtszulage nach A 4 Fußnote 2
² Amtszulage nach A 5 Fußnote 1
³ Amtszulage nach A 6 Fußnote 1
⁴ Amtszulage nach A 6 Fußnote 2
⁵ A 9 Laufbahngruppe 1
⁶ A 9 Laufbahngruppe 1, Amtszulage nach Fußnote 1
⁷ A 9 Laufbahngruppe 2"

Anlage 2
(zu Artikel 4 Nummer 7)

„Anlage VI

gültig ab 1. November 2024

1. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe							
	1	2	3	4	5	6	7	8
A 4	2.716,92	2.776,47	2.835,94	2.895,58	2.948,62	2.981,49	3.004,45	3.008,06
A 5	2.746,07	2.809,49	2.872,58	2.936,08	2.999,22	3.062,53	3.087,79	3.099,05
A 6	2.785,38	2.861,33	2.936,08	3.004,45	3.072,68	3.141,11	3.209,44	3.237,15
A 7	2.884,08	2.970,01	3.056,31	3.142,14	3.228,39	3.314,53	3.395,29	3.453,85
A 8	3.029,73	3.132,28	3.234,61	3.338,30	3.442,15	3.538,32	3.634,65	3.720,45
A 9	3.149,35	3.256,88	3.364,44	3.474,71	3.584,79	3.692,41	3.799,86	3.890,52
A 10	3.353,04	3.498,75	3.644,10	3.791,13	3.922,30	4.062,32	4.204,99	4.316,24
A 11	3.783,36	3.910,68	4.053,05	4.198,34	4.343,64	4.488,92	4.634,21	4.780,37
A 12	4.207,62	4.356,84	4.506,11	4.655,34	4.804,61	4.953,87	5.103,11	5.244,52
A 13	4.681,74	4.841,59	5.001,43	5.161,23	5.321,05	5.480,88	5.640,69	5.796,71
A 14	4.912,91	5.128,21	5.343,51	5.558,81	5.774,09	5.989,40	6.204,69	6.387,25
A 15	5.939,21	6.130,74	6.322,26	6.501,89	6.681,51	6.861,14	7.040,78	7.174,39
A 16	6.521,70	6.744,92	6.968,13	7.178,16	7.388,16	7.598,16	7.808,19	7.959,11
Rhythmus	3 Jahre	2 Jahre	3 Jahre	4 Jahre	4 Jahre	6 Jahre	6 Jahre	

2. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung B
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	
B 2	8.179,93
B 3	8.650,98
B 4	9.144,30
B 5	9.710,36
B 6	10.244,86
B 7	10.764,81
B 8	11.306,76
B 9	11.979,60
B 10	14.069,11
B 11	14.607,66

3. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung R
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe							
	1	2	3	4	5	6	7	8
R 1	5.058,20	5.387,08	5.715,98	6.044,88	6.373,77	6.702,62	7.031,53	7.352,76
R 2	5.697,48	6.026,40	6.355,27	6.684,17	7.013,05	7.341,94	7.670,84	7.991,58
R 3	8.758,14							
R 4	9.251,48							
R 5	9.817,53							
R 6	10.352,02							
R 7	10.872,00							
R 8	11.413,92							

4. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung W
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	W 1	W 2	W 3
	5.082,41	5.754,37	6.909,96

Anlage VII

Gültig ab 1. November 2024

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

	§ 45 Absatz 1	§ 45 Absatz 2	Gesamt
Stufe 1 (verheiratet)	152,91		152,91
Stufe 2 (mit einem Kind)	152,91	178,09	331,00
Stufe 3 (mit zwei Kindern)	152,91	356,18	509,09
Stufe 4 (mit drei Kindern)	152,91	1.194,26	1.347,17
Stufe 5 (mit vier Kindern)	152,91	2.099,26	2.252,17

Für jedes weitere Kind erhöht sich der Familienzuschlag um weitere 905 Euro.

Erhöhungsbeträge für Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind
in den Besoldungsgruppen A 3 bis A 5 um je 5,11 Euro
ab Stufe 3 (§ 45 Absatz 2) für jedes weitere zu berücksichtigende Kind
in Besoldungsgruppe A 3 um je 25,56 Euro,
in Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro
und in Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.“

„Anlage VIII

gültig ab 1. November 2024

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Einstiegsamt, in das die Anwärterin oder der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 4	1.299,10
A 5 bis A 8	1.418,18
A 9 bis A 11	1.471,40
A 13	1.675,04

Anlage IXa

gültig ab 1. November 2024

Leistungsbezüge der Besoldungsordnung W

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag
§ 33 (Grundleistungsbezüge) Grundleistungsbezüge betragen für Professorinnen und Professoren der Besoldungsgruppen W2 und W3	783,10 Euro monatlich
§ 38 (Ruhegehaltfähigkeit von Leistungsbezügen) Der Gesamtbetrag der nach § 38 Absatz 2 Satz 4 für ruhegehaltfähig erklärten Leistungsbezüge beträgt höchstens	152.210,54 Euro jährlich

Anlage X
gültig ab 1. November 2024

Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung C
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	4.093,45	4.224,47	4.355,49	4.486,49	4.617,56	4.748,55	4.879,55	5.010,60	5.141,62	5.272,64	5.403,64	5.534,65	5.665,71	5.796,71	
C 2	4.101,61	4.310,41	4.519,23	4.728,04	4.936,87	5.145,68	5.354,46	5.563,26	5.772,07	5.980,87	6.189,64	6.398,46	6.607,27	6.816,07	7.024,84
C 3	4.480,00	4.716,39	4.952,83	5.189,27	5.425,71	5.662,13	5.898,55	6.134,98	6.371,38	6.607,82	6.844,25	7.080,70	7.317,10	7.553,51	7.789,97
C 4	5.593,05	5.830,68	6.068,37	6.306,04	6.543,72	6.781,41	7.019,05	7.256,72	7.494,37	7.732,03	7.969,72	8.207,33	8.445,03	8.682,69	8.920,36

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen

Dem Grunde nach geregelt in	Höhe der Zulage pro Monat / der Vergütung pro Stunde in Euro
Bundesbesoldungsordnung C	
Vorbemerkungen	
Nummer 2b	103,43
Nummer 3	
Für Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppe(n)	
C 1	12,5% des (End-)Grundgehalts der Besoldungsgruppe A 13 *)
C 2	12,5% des (End-)Grundgehalts der Besoldungsgruppe A 15 *)
C 3 und C 4	12,5% des (End-)Grundgehalts der Besoldungsgruppe B 3 *)
Nummer 5	
wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 1	205,54
wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 2	230,08
Besoldungsgruppe	
C 2	Fußnote 1
§ 41 Absatz 6	104,32
Lehrvergütung je Stunde	41,90

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091), zuletzt geändert am 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160, 262).⁴⁴

Anlage 3
(zu Artikel 6)

„Anlage 1

Beträge der Grundgehälter in den Stufen und Überleitungsstufen der Besoldungsordnung A

gültig ab 1. November 2024

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)																
	Überleitungsstufe zu Stufe 1	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8	
A 4	2.671,45	2.716,92		2.776,47		2.835,94		2.895,58		2.948,62				2.966,36	3.004,45		3.008,06
A 5	2.695,36	2.746,07		2.809,49		2.872,58		2.936,08		2.999,22				3.085,43	3.087,79		3.099,05
A 6	2.734,76	2.785,38		2.861,33		2.936,08		3.004,45		3.072,68		3.141,11		3.171,25	3.209,44		3.237,15
A 7	2.870,22	2.884,08		2.970,01		3.056,31		3.142,14		3.228,39		3.314,53		3.339,65	3.395,29		3.453,85
A 8	2.954,85	3.029,73		3.132,28		3.234,61		3.338,30		3.442,15		3.534,74		3.608,07	3.634,65		3.651,20
A 9	3.070,79	3.149,35		3.256,88		3.364,44		3.474,71		3.584,79		3.672,00		3.760,74	3.799,86		3.815,06
A 10	3.268,27	3.353,04	3.363,13	3.498,75	3.506,22	3.644,10	3.648,01	3.791,13		3.922,30		4.019,11		4.062,32	4.204,99		4.316,24
A 11	3.712,47	3.783,36	3.832,87	3.910,68	3.968,76	4.053,05	4.146,84	4.198,34	4.272,30	4.343,64	4.374,02	4.488,92		4.632,89	4.634,21		4.780,37
A 12	3.913,25	4.207,62	4.251,18	4.356,84	4.409,68	4.506,11	4.597,22	4.655,34	4.725,38	4.804,61	4.881,22	4.953,87		5.035,74	5.103,11		5.244,52
A 13	4.355,53	4.681,74	4.722,72	4.841,59	4.893,10	5.001,43	5.096,51	5.161,23	5.232,57	5.321,05	5.404,28	5.480,88		5.577,29	5.640,69		5.796,71
A 14	4.519,32	4.912,91	5.001,43	5.128,21	5.227,29	5.343,51	5.488,80	5.558,81	5.677,68	5.774,09	5.878,48	5.989,40		6.068,66	6.204,69		6.387,25
A 15	5.458,42	5.939,21	6.129,41	6.130,74	6.278,66	6.322,26	6.418,68	6.501,89	6.503,20	6.681,51	6.726,40	6.861,14		6.950,96	7.040,78		7.174,39
A 16	5.990,73	6.521,70	6.731,73	6.744,92	6.923,22	6.968,13	7.085,70	7.178,16	7.182,09	7.388,16	7.441,00	7.598,16		7.699,87	7.808,19		7.959,11

Anlage 2

Beträge der Grundgehälter in den Stufen, Überleitungsstufen
und der Extrastufe der Besoldungsordnung R

gültig ab 1. November 2024

		Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)																
Besoldungsgruppe	Extrastufe	Überleitungsstufe zu Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 1
R1	4.651,37	4.848,20	5.058,20	5.218,04	5.387,08	5.484,86	5.715,98	5.751,64	6.044,88	6.364,52	6.373,77	6.581,15	6.702,62	6.820,19	7.031,53	7.087,02	7.352,76	7.352,76
R2	5.590,52	5.697,48	5.902,21	6.026,40	6.353,95	6.355,27	6.390,93	6.684,17	6.954,93	7.013,05	7.191,35	7.341,94	7.458,17	7.670,84	7.724,98	7.991,58	7.991,58	7.991,58

Anlage 4
(zu Artikel 9 Nummer 4)

„Anlage VIIa
gültig ab 1. Januar 2025

Besoldungsergänzungszuschuss
(Monatsbeträge in Euro)

Der Besoldungsergänzungszuschuss gemäß § 45a beträgt für Beamtinnen und Beamte

bei einem zu berücksichtigenden Kind
bis zu einem Bemessungswert von 44.750 Euro (Jahresbruttowert)

Besoldungsgruppe											
Stufe	A 4 ¹ + Zulage	A 5 ² + Zulage	A 6	A 6 ³ + Zulage	A 6 ⁴ + Zulage	A 7	A 8	A 9 ⁵	A 9 ⁶ + Zulage	A 9 ⁷	A 10
1	238 €	103 €	378 €	245 €	162 €	272 €	117 €				
2	174 €	35 €	297 €	164 €	80 €	181 €	7 €				
3	111 €		217 €	84 €	1 €	88 €					
4	47 €		144 €	11 €							
5			71 €								

bei zwei zu berücksichtigenden Kindern
bis zu einem Bemessungswert von 54.500 Euro

Besoldungsgruppe											
Stufe	A 4 ¹ + Zulage	A 5 ² + Zulage	A 6	A 6 ³ + Zulage	A 6 ⁴ + Zulage	A 7	A 8	A 9 ⁵	A 9 ⁶ + Zulage	A 9 ⁷	A 10
1	797 €	667 €	957 €	825 €	741 €	852 €	696 €	495 €	240 €	484 €	266 €
2	733 €	599 €	876 €	744 €	660 €	760 €	587 €	380 €	125 €	369 €	111 €
3	670 €	532 €	796 €	664 €	580 €	668 €	478 €	265 €	10 €	254 €	
4	606 €	464 €	723 €	591 €	507 €	576 €	367 €	147 €		136 €	
5	549 €	397 €	651 €	518 €	434 €	484 €	256 €	30 €		19 €	
6	514 €	329 €	578 €	445 €	361 €	392 €	153 €				
7	490 €	302 €	505 €	372 €	288 €	306 €	50 €				
8	486 €	290 €	475 €	342 €	259 €	244 €					

bei drei zu berücksichtigenden Kindern
bis zu einem Bemessungswert von 64.250 Euro

Besoldungsgruppe											
Stufe	A 4 ¹ + Zulage	A 5 ² + Zulage	A 6	A 6 ³ + Zulage	A 6 ⁴ + Zulage	A 7	A 8	A 9 ⁵	A 9 ⁶ + Zulage	A 9 ⁷	A 10
1	747 €	622 €	928 €	795 €	711 €	822 €	667 €	465 €	210 €	454 €	236 €
2	683 €	554 €	847 €	714 €	630 €	731 €	557 €	350 €	96 €	339 €	81 €
3	620 €	487 €	767 €	634 €	551 €	638 €	448 €	235 €		224 €	
4	556 €	419 €	694 €	561 €	477 €	547 €	337 €	118 €		106 €	
5	499 €	351 €	621 €	488 €	405 €	455 €	226 €				
6	464 €	284 €	548 €	415 €	332 €	363 €	124 €				
7	440 €	257 €	475 €	342 €	259 €	276 €	21 €				
8	436 €	245 €	445 €	313 €	229 €	214 €					

bei vier zu berücksichtigenden Kindern
bis zu einem Bemessungswert von 74.250 Euro

Besoldungsgruppe											
Stufe	A 4 ¹ + Zulage	A 5 ² + Zulage	A 6	A 6 ³ + Zulage	A 6 ⁴ + Zulage	A 7	A 8	A 9 ⁵	A 9 ⁶ + Zulage	A 9 ⁷	A 10
1	630 €	510 €	831 €	698 €	615 €	726 €	570 €	368 €	114 €	357 €	140 €
2	566 €	442 €	750 €	617 €	534 €	634 €	461 €	254 €		242 €	
3	502 €	375 €	670 €	537 €	454 €	542 €	351 €	139 €		128 €	
4	439 €	307 €	597 €	464 €	381 €	450 €	241 €	21 €		10 €	
5	382 €	239 €	524 €	392 €	308 €	358 €	130 €				
6	347 €	172 €	451 €	319 €	235 €	266 €	27 €				
7	322 €	145 €	378 €	246 €	162 €	180 €					
8	319 €	133 €	349 €	216 €	132 €	117 €					

bei fünf zu berücksichtigenden Kindern
bis zu einem Bemessungswert von 84.500 Euro

Besoldungsgruppe											
Stufe	A 4 ¹ + Zulage	A 5 ² + Zulage	A 6	A 6 ³ + Zulage	A 6 ⁴ + Zulage	A 7	A 8	A 9 ⁵	A 9 ⁶ + Zulage	A 9 ⁷	A 10
1	512 €	398 €	734 €	602 €	518 €	629 €	473 €	272 €	17 €	261 €	43 €
2	449 €	330 €	653 €	521 €	437 €	537 €	364 €	157 €		146 €	
3	385 €	263 €	573 €	441 €	357 €	445 €	255 €	42 €		31 €	
4	322 €	195 €	500 €	368 €	284 €	353 €	144 €				
5	265 €	127 €	428 €	295 €	211 €	261 €	33 €				
6	230 €	60 €	354 €	222 €	138 €	169 €					
7	205 €	33 €	281 €	149 €	65 €	83 €					
8	202 €	21 €	252 €	119 €	36 €	20 €					

bei sechs zu berücksichtigenden Kindern
bis zu einem Bemessungswert von 95.000 Euro

Besoldungsgruppe											
Stufe	A 4 ¹ + Zulage	A 5 ² + Zulage	A 6	A 6 ³ + Zulage	A 6 ⁴ + Zulage	A 7	A 8	A 9 ⁵	A 9 ⁶ + Zulage	A 9 ⁷	A 10
1	437 €	327 €	679 €	547 €	463 €	574 €	418 €	217 €		206 €	
2	373 €	260 €	598 €	466 €	382 €	482 €	309 €	102 €		91 €	
3	310 €	192 €	518 €	386 €	302 €	390 €	200 €				
4	246 €	125 €	445 €	313 €	229 €	298 €	89 €				
5	190 €	57 €	373 €	240 €	156 €	206 €					
6	154 €		299 €	167 €	83 €	114 €					
7	130 €		226 €	94 €	10 €	28 €					
8	126 €		197 €	64 €							

bei sieben zu berücksichtigenden Kindern
bis zu einem Bemessungswert von 106.000 Euro

Besoldungsgruppe											
Stufe	A 4 ¹ + Zulage	A 5 ² + Zulage	A 6	A 6 ³ + Zulage	A 6 ⁴ + Zulage	A 7	A 8	A 9 ⁵	A 9 ⁶ + Zulage	A 9 ⁷	A 10
1	403 €	294 €	666 €	533 €	450 €	561 €	405 €	203 €		192 €	
2	340 €	226 €	585 €	452 €	369 €	469 €	296 €	89 €		77 €	
3	276 €	159 €	505 €	372 €	289 €	377 €	186 €				
4	212 €	91 €	432 €	299 €	216 €	285 €	76 €				
5	156 €	24 €	359 €	227 €	143 €	193 €					
6	121 €		286 €	154 €	70 €	101 €					
7	96 €		213 €	81 €		15 €					
8	92 €		184 €	51 €							

bei acht zu berücksichtigenden Kindern
bis zu einem Bemessungswert von 117.250 Euro

Besoldungsgruppe											
Stufe	A 4 ¹ + Zulage	A 5 ² + Zulage	A 6	A 6 ³ + Zulage	A 6 ⁴ + Zulage	A 7	A 8	A 9 ⁵	A 9 ⁶ + Zulage	A 9 ⁷	A 10
1	390 €	286 €	674 €	541 €	457 €	568 €	413 €	211 €		200 €	
2	327 €	219 €	592 €	460 €	376 €	476 €	303 €	96 €		85 €	
3	263 €	151 €	513 €	380 €	296 €	384 €	194 €				
4	199 €	83 €	440 €	307 €	223 €	293 €	83 €				
5	143 €	16 €	367 €	234 €	150 €	200 €					
6	108 €		294 €	161 €	77 €	108 €					
7	83 €		221 €	88 €	4 €	22 €					
8	79 €		191 €	58 €							

bei neun zu berücksichtigenden Kindern
bis zu einem Bemessungswert von 128.750 Euro

Besoldungsgruppe											
Stufe	A 4 ¹ + Zulage	A 5 ² + Zulage	A 6	A 6 ³ + Zulage	A 6 ⁴ + Zulage	A 7	A 8	A 9 ⁵	A 9 ⁶ + Zulage	A 9 ⁷	A 10
1	398 €	299 €	702 €	569 €	486 €	596 €	441 €	239 €		228 €	11 €
2	335 €	232 €	621 €	488 €	404 €	505 €	331 €	124 €		113 €	
3	271 €	164 €	541 €	408 €	325 €	413 €	222 €	9 €			
4	207 €	96 €	468 €	335 €	252 €	321 €	111 €				
5	151 €	29 €	395 €	262 €	179 €	229 €	1 €				
6	116 €		322 €	189 €	106 €	137 €					
7	91 €		249 €	116 €	33 €	51 €					
8	87 €		219 €	87 €	3 €						

bei zehn zu berücksichtigenden Kindern
bis zu einem Bemessungswert von 139.750 Euro

Besoldungsgruppe											
Stufe	A 4 ¹ + Zulage	A 5 ² + Zulage	A 6	A 6 ³ + Zulage	A 6 ⁴ + Zulage	A 7	A 8	A 9 ⁵	A 9 ⁶ + Zulage	A 9 ⁷	A 10
1	364 €	271 €	689 €	556 €	472 €	583 €	428 €	226 €		215 €	
2	301 €	203 €	607 €	475 €	391 €	491 €	318 €	111 €		100 €	
3	237 €	135 €	528 €	395 €	311 €	399 €	209 €				
4	174 €	68 €	455 €	322 €	238 €	308 €	98 €				
5	117 €		382 €	249 €	165 €	215 €					
6	82 €		309 €	176 €	92 €	123 €					
7	57 €		236 €	103 €	19 €	37 €					
8	53 €		206 €	73 €							

- ¹ Amtszulage nach A 4 Fußnote 2
² Amtszulage nach A 5 Fußnote 1
³ Amtszulage nach A 6 Fußnote 1
⁴ Amtszulage nach A 6 Fußnote 2
⁵ A 9 Laufbahngruppe 1
⁶ A 9 Laufbahngruppe 1, Amtszulage nach Fußnote 1
⁷ A 9 Laufbahngruppe 2“

Anlage 5
(zu Artikel 9 Nummer 5)

„Anlage VI

gültig ab 1. Februar 2025

1. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe							
	1	2	3	4	5	6	7	8
A 4	2.866,35	2.929,18	2.991,92	3.054,84	3.110,79	3.145,47	3.169,69	3.173,50
A 5	2.897,10	2.964,01	3.030,57	3.097,56	3.164,18	3.230,97	3.257,62	3.269,50
A 6	2.938,58	3.018,70	3.097,56	3.169,69	3.241,68	3.313,87	3.385,96	3.415,19
A 7	3.042,70	3.133,36	3.224,41	3.314,96	3.405,95	3.496,83	3.582,03	3.643,81
A 8	3.196,37	3.304,56	3.412,51	3.521,91	3.631,47	3.732,93	3.834,56	3.925,07
A 9	3.322,56	3.436,01	3.549,48	3.665,82	3.781,95	3.895,49	4.008,85	4.104,50
A 10	3.537,46	3.691,18	3.844,53	3.999,64	4.138,03	4.285,75	4.436,26	4.553,63
A 11	3.991,44	4.125,77	4.275,97	4.429,25	4.582,54	4.735,81	4.889,09	5.043,29
A 12	4.439,04	4.596,47	4.753,95	4.911,38	5.068,86	5.226,33	5.383,78	5.532,97
A 13	4.939,24	5.107,88	5.276,51	5.445,10	5.613,71	5.782,33	5.950,93	6.115,53
A 14	5.183,12	5.410,26	5.637,40	5.864,54	6.091,66	6.318,82	6.545,95	6.738,55
A 15	6.265,87	6.467,93	6.669,98	6.859,49	7.048,99	7.238,50	7.428,02	7.568,98
A 16	6.880,39	7.115,89	7.351,38	7.572,96	7.794,51	8.016,06	8.237,64	8.396,86
Rhythmus	3 Jahre	2 Jahre	3 Jahre	4 Jahre	4 Jahre	6 Jahre	6 Jahre	

2. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung B
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	
B 2	8.629,83
B 3	9.126,78
B 4	9.647,24
B 5	10.244,43
B 6	10.808,33
B 7	11.356,87
B 8	11.928,63
B 9	12.638,48
B 10	14.842,91
B 11	15.411,08

3. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung R
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe							
	1	2	3	4	5	6	7	8
R 1	5.336,40	5.683,37	6.030,36	6.377,35	6.724,33	7.071,26	7.418,26	7.757,16
R 2	6.010,84	6.357,85	6.704,81	7.051,80	7.398,77	7.745,75	8.092,74	8.431,12

R 3	9.239,84
R 4	9.760,31
R 5	10.357,49
R 6	10.921,38
R 7	11.469,96
R 8	12.041,69

4. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung W
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	W 1	W 2	W 3
	5.361,94	6.070,86	7.290,01

Anlage VII

gültig ab 1. Februar 2025

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

	§ 45 Absatz 1	§ 45 Absatz 2	Gesamt
Stufe 1 (verheiratet)	161,32		161,32
Stufe 2 (mit einem Kind)	161,32	187,88	349,20
Stufe 3 (mit zwei Kindern)	161,32	375,76	537,08
Stufe 4 (mit drei Kindern)	161,32	1.213,84	1.375,16
Stufe 5 (mit vier Kindern)	161,32	2.118,84	2.280,16

Für jedes weitere Kind erhöht sich der Familienzuschlag um weitere 905 Euro.

Erhöhungsbeträge für Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 3 bis A 5 um je 5,11 Euro
ab Stufe 3 (§ 45 Absatz 2) für jedes weitere zu berücksichtigende Kind
in Besoldungsgruppe A 3 um je 25,56 Euro,
in Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro
und in Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.“

„Anlage VIII

gültig ab 1. Februar 2025

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Einstiegsamt, in das die Anwärterin oder der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 4	1.370,55
A 5 bis A 8	1.496,18
A 9 bis A 11	1.552,33
A 13	1.767,17

Anlage IXa

gültig ab 1. Februar 2025

Leistungsbezüge der Besoldungsordnung W

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag
§ 33 (Grundleistungsbezüge) Grundleistungsbezüge betragen für Professorinnen und Professoren der Besoldungsgruppen W2 und W3	826,17 Euro monatlich
§ 38 (Ruhegehaltfähigkeit von Leistungsbezügen) Der Gesamtbetrag der nach § 38 Absatz 2 Satz 4 für ruhegehaltfähig erklärten Leistungsbezüge beträgt höchstens	160.582,12 Euro jährlich

Anlage X
gültig ab 1. Februar 2025

Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung C
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	4.318,59	4.456,82	4.595,04	4.733,25	4.871,53	5.009,72	5.147,93	5.286,18	5.424,41	5.562,64	5.700,84	5.839,06	5.977,32	6.115,53	
C 2	4.327,20	4.547,48	4.767,79	4.988,08	5.208,40	5.428,69	5.648,96	5.869,24	6.089,53	6.309,82	6.530,07	6.750,38	6.970,67	7.190,95	7.411,21
C 3	4.726,40	4.975,79	5.225,24	5.474,68	5.724,12	5.973,55	6.222,97	6.472,40	6.721,81	6.971,25	7.220,68	7.470,14	7.719,54	7.968,95	8.218,42
C 4	5.900,67	6.151,37	6.402,13	6.652,87	6.903,62	7.154,39	7.405,10	7.655,84	7.906,56	8.157,29	8.408,05	8.658,73	8.909,51	9.160,24	9.410,98

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen

Dem Grunde nach geregelt in	Höhe der Zulage pro Monat / der Vergütung pro Stunde in Euro
Bundesbesoldungsordnung C	
Vorbemerkungen	
Nummer 2b	109,12
Nummer 3	
Für Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppe(n)	
C 1	12,5% des (End-)Grundgehalts der Besoldungsgruppe A 13 *)
C 2	12,5% des (End-)Grundgehalts der Besoldungsgruppe A 15 *)
C 3 und C 4	12,5% des (End-)Grundgehalts der Besoldungsgruppe B 3 *)
Nummer 5	
wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 1	205,54
wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 2	230,08
Besoldungsgruppe Fußnote	
C 2 1	104,32
§ 41 Absatz 6	
Lehrvergütung je Stunde	44,20

) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091), zuletzt geändert am 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160, 262).

Anlage 6
(zu Artikel 11)

„Anlage 1

Beträge der Grundgehälter in den Stufen und Überleitungsstufen der Besoldungsordnung A

gültig ab 1. Februar 2025

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)																
	Überleitungsstufe zu Stufe 1	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8	
A 4	2.818,38	2.866,35	2.929,18	2.991,92	3.054,84	3.110,79	3.164,18	3.129,51	3.169,69	3.173,50							
A 5	2.843,60	2.897,10	2.964,01	3.030,57	3.097,56	3.164,18	3.225,13	3.257,62	3.269,50								
A 6	2.885,17	2.938,58	3.018,70	3.097,56	3.169,69	3.241,68	3.313,87	3.345,67	3.385,96	3.415,19							
A 7	3.028,08	3.042,70	3.133,36	3.224,41	3.314,96	3.405,95	3.496,83	3.523,33	3.582,03	3.643,81							
A 8	3.117,37	3.196,37	3.304,56	3.412,51	3.521,91	3.631,47	3.729,15	3.806,51	3.834,56	3.925,07							
A 9	3.239,68	3.322,56	3.436,01	3.549,48	3.665,82	3.781,95	3.873,96	3.967,58	4.008,85	4.104,50							
A 10	3.448,02	3.537,46	3.691,18	3.844,53	3.999,64	4.138,03	4.240,16	4.285,75	4.365,15	4.453,63							
A 11	3.916,66	3.991,44	4.125,77	4.275,97	4.429,25	4.582,54	4.614,59	4.735,81	4.887,70	5.043,29							
A 12	4.128,48	4.439,04	4.596,47	4.753,95	4.911,38	5.068,86	5.149,69	5.226,33	5.312,71	5.383,78							
A 13	4.595,08	4.939,24	5.107,88	5.276,51	5.445,10	5.613,71	5.701,52	5.782,33	5.884,04	5.950,93							
A 14	4.767,88	5.183,12	5.410,26	5.514,79	5.790,68	5.864,54	6.201,80	6.318,82	6.402,44	6.545,95							
A 15	5.758,63	6.265,87	6.467,93	6.623,99	6.771,71	6.859,49	7.048,99	7.096,35	7.238,50	7.428,02							
A 16	6.320,22	6.880,39	7.115,89	7.304,00	7.475,41	7.572,96	7.794,51	7.850,26	8.016,06	8.237,64							

Anlage 2

**Beträge der Grundgehälter in den Stufen, Überleitungsstufen
und der Extrastufe der Besoldungsordnung R**

gültig ab 1. Februar 2025

		Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)															
Besoldungsgruppe	Extrastufe	Überleitungsstufe zu Stufe 1	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8
R1	4.907,20	5.114,85	5.336,40	5.505,03	5.683,37	5.786,53	6.030,36	6.067,98	6.377,35	6.714,57	6.724,33	6.943,11	7.071,26	7.195,30	7.418,26	7.476,81	7.757,16
R2	5.898,00	6.010,84	6.357,85	6.226,83	6.357,85	6.703,42	6.704,81	6.742,43	7.051,80	7.337,45	7.398,77	7.586,87	7.745,75	7.868,37	8.092,74	8.149,85	8.431,12 ^a

Anlage 7
(zu Artikel 14)

„Anlage IX

gültig ab 1. August 2025

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen
(Monatsbeträge in Euro)
- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag
§ 48 (allgemeine Stellenzulage) Nummer 1		§ 60 (Zulage bei mehreren Ämtern) Die Zulage beträgt für die Besoldungsgruppen	
Buchstabe a	25,12	R 1	205,54
Buchstabe b	98,19	R 2	230,08
Nummer 2	109,12		
§ 49 (Zulage für Polizei und Steuerfahndungsdienst) Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit		Besoldungsordnung A	
von einem Jahr	85,00	Fußnote	
von zwei Jahren	170,00	A 4	2
§ 50 (Feuerwehrezulage) Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit		A 5	1
von einem Jahr	85,00	A 6	1
von zwei Jahren	170,00	2	187,54
§ 50a (Praxisanleitungszulage)	78,00	A 9	1
§ 51 (Zulage bei Justizvollzugs- einrichtungen und Psychiatrischen Krankeneinrichtungen)	170,00	A 13	1, 2, 3 5, 6
§ 52 (Zulage in der Steuerverwaltung) Die Zulage beträgt für Beamtinnen und Beamte	76,00	A 14	2 4
§ 53 (Sicherheitszulage) Die Zulage beträgt für die Besoldungsgruppen		A 15	2
A 6 bis A 9	200,00	A 16	2
A 10 und höher	250,00	A 9 (kw)	1
§ 54 Absatz 1 (Fliegerzulage) Nummer 1	400,00	A 13 (kw)	1
Nummer 2	300,00	A 14 (kw)	1
§ 55 (Zulage für Meisterprüfung / Abschlussprüfung als staatlich geprüfte Technikerin, staatlich geprüfter Techniker)	50,00	A 15 (kw)	1
§ 55a (Zulage für die Landeswahlleiterin oder den Landeswahlleiter)	300,00		
		Besoldungsordnung R	
		Fußnote	
		R 1	1
		R 2	3, 4
		R 3	2

Anlage 8
(zu Artikel 15)

„Anlage IX

gültig ab 1. August 2026

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen
(Monatsbeträge in Euro)
- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen –

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag
§ 48 (allgemeine Stellenzulage)		§ 60 (Zulage bei mehreren Ämtern)	
Nummer 1		Die Zulage beträgt für die	
Buchstabe a	25,12	Besoldungsgruppen	
Buchstabe b	98,19	R 1	205,54
Nummer 2	109,12	R 2	230,08
§ 49 (Zulage für Polizei und			
Steuerfahndungsdienst)		Besoldungsordnung A	
Die Zulage beträgt nach einer			
Dienstzeit		Fußnote	
von einem Jahr	95,00	A 4	2 86,46
von zwei Jahren	180,00	A 5	1 86,46
§ 50 (Feuerwehrezulage)		A 6	1 86,46
Die Zulage beträgt nach einer		2	187,54
Dienstzeit		A 9	1 348,97
von einem Jahr	95,00	A 13	1, 2, 3 354,66
von zwei Jahren	180,00	5, 6	243,15
§ 50a (Praxisanleitungszulage)	78,00	A 14	2 243,15
§ 51 (Zulage bei Justizvollzugs-		4	162,09
einrichtungen und Psychiatrischen		A 15	2 243,15
Krankeneinrichtungen)	180,00	A 16	2 271,93
§ 52 (Zulage in der Steuerverwaltung)		A 9 (kw)	1 348,97
Die Zulage beträgt für Beamtinnen		A 13 (kw)	1 243,15
und Beamte	76,00	A 14 (kw)	1 243,15
§ 53 (Sicherheitszulage)		A 15 (kw)	1 243,15
Die Zulage beträgt für die			
Besoldungsgruppen		Besoldungsordnung R	
A 6 bis A 9	200,00		
A 10 und höher	250,00	Fußnote	
§ 54 Absatz 1 (Fliegerzulage)		R 1	1 268,80
Nummer 1	400,00	R 2	3, 4 268,80
Nummer 2	300,00	R 3	2 268,80 ^u
§ 55 (Zulage für Meisterprüfung /			
Abschlussprüfung als staatlich			
geprüfte Technikerin, staatlich			
geprüfter Techniker)	50,00		
§ 55a (Zulage für die Landeswahlleiterin			
oder den Landeswahlleiter)	300,00		

Gesetz
zur Änderung des Hamburgischen Grundsteuergesetzes und
des Landwirtschaftskammergesetzes

Vom 22. Oktober 2024

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft beschlossene Gesetz:

Artikel 1

Änderung des Hamburgischen Grundsteuergesetzes

Das Hamburgische Grundsteuergesetz vom 24. August 2021 (HmbGVBl. S. 600), zuletzt geändert am 24. Januar 2023 (HmbGVBl. S. 66), wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt geändert:
 - 1.1 In Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
 „Für den Äquivalenzbetrag der Nutzflächen wird die Grundsteuermesszahl auf 87 v. H. ermäßigt.“
 - 1.2 In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „soweit“ durch das Wort „wenn“ ersetzt.
2. § 5 erhält folgende Fassung:
 „§ 5
 Hebesatz bei der Grundsteuer B und gesonderter Hebesatz bei unbebauten und baureifen Grundstücken (Grundsteuer C)
 (1) Der Hebesatz für die Grundsteuer B beträgt 975 v. H. Eine Änderung des Hebesatzes ist bis zum 31. Dezember eines Kalenderjahres mit Wirkung zum Beginn des Kalenderjahres möglich. § 25 des Grundsteuergesetzes findet keine Anwendung.
 (2) Für unbebaute und baureife Grundstücke im Sinne des § 1 Absatz 1 Satz 1 wird ein abweichender Hebesatz (Grundsteuer C) in Höhe von 8000 v. H. festgesetzt. Eine Änderung des Hebesatzes ist bis zum 31. Dezember eines Kalenderjahres mit Wirkung zum Beginn des Kalenderjahres möglich. Grundstücke für den abweichenden Hebesatz nach Satz 1 sind unbebaute Wohnbaugrundstücke oder unbebaute Grundstücke für gemischte Nutzungen, auf denen Wohnungen mit einer Geschossfläche von mehr als 300 m² errichtet werden dürfen und die nach Lage, Form und Größe und ihrem sonstigen tatsächlichen Zustand sowie nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften sofort bebaut werden können. § 246 des Bewertungsgesetzes findet Anwendung. Eine erforderliche, aber noch nicht erteilte Baugenehmigung sowie zivilrechtliche Gründe, die einer sofortigen Bebauung entgegenstehen, sind unbeachtlich. Für Grundstücke nach Satz 1, für die ein Bebauungsplan aufgestellt wird, durch welchen erstmals Baurecht für Wohnungsbau geschaffen wird, findet der abweichende Hebesatz erst drei Jahre nach Feststellung des Bebauungsplans Anwendung. Der abweichende Hebesatz nach Satz 1 findet keine Anwendung, wenn die Steuerpflichtige oder der Steuerpflichtige nachweist, dass eine sofortige Bebauung wirtschaftlich nicht vertretbar ist oder das Grundstück für die spätere Bebauung durch Angehörige im Sinne des § 15 der Abgabenordnung bereitgehalten wird. § 25 Absatz 5 des Grundsteuergesetzes findet keine Anwendung.“
3. In § 7 Absatz 1 werden folgende Sätze angefügt:
 „Der Senat wird ermächtigt durch Rechtsverordnung zu bestimmen, dass die Festsetzung des Grundsteuer-

messbetrages unterbleiben kann, wenn der festzusetzende Betrag den durch diese Rechtsverordnung zu bestimmenden Betrag voraussichtlich nicht übersteigt. Der nach Satz 5 zu bestimmende Betrag darf fünf Euro nicht überschreiten.“

4. § 8 wird wie folgt geändert:
 - 4.1 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - 4.1.1 In Satz 1 werden die Wörter „nicht für Wohnzwecke genutzt“ gestrichen.
 - 4.1.2 Es werden folgende Sätze angefügt:
 „Ein Fall des Absatzes 1 Satz 1 liegt regelmäßig vor,
 1. wenn die Lage ganz erheblich von den ortsüblichen Verhältnissen abweicht und aufgrund dessen eine stark eingeschränkte Äquivalenz für das Gebäude vorliegt,
 2. wenn die Gesamtnutzungsdauer des Gebäudes entsprechend der Anlage 38 des Bewertungsgesetzes überschritten ist und nach der Bezugsfertigkeit des Gebäudes keine Veränderungen eingetreten sind, die die Gesamtnutzungsdauer des Gebäudes wesentlich verlängert haben sowie aufgrund der Gesamtnutzungsdauer nur eine stark eingeschränkte Äquivalenz für das Gebäude vorliegt oder
 3. bei einer Übergröße des nicht zu Wohnzwecken genutzten Gebäudes, sofern dieses eine einfachste oder einfache Standardstufe entsprechend der Anlage 24 des Bewertungsgesetzes und einen Hallenanteil aufweist sowie aufgrund der Standardstufe eine stark eingeschränkte Äquivalenz für das Gebäude durch den Gebäudestandard vorliegt.“
- Der Härtefall soll durch ein qualifiziertes Gutachten von den Steuerpflichtigen nachgewiesen werden; dieses gilt auch in den Fällen des Satzes 6.“
- 4.2 Absatz 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:
 „Die Erlassregelungen des Grundsteuergesetzes sowie die Regelungen der §§ 163 und 227 der Abgabenordnung bleiben unberührt.“
 5. § 9 wird wie folgt geändert:
 - 5.1 In der Überschrift wird die Textstelle „und Hebesatz der Grundsteuer A“ angefügt.
 - 5.2 Absatz 3 erhält folgende Fassung:
 „(3) § 6 Absatz 1 Satz 2, Absätze 5 und 6 sowie § 7 Absatz 1 Satz 6 und Absatz 3 Sätze 3 bis 5 gelten für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft entsprechend. Der Hebesatz für die Grundsteuer A beträgt 100 v. H.; § 5 Absatz 1 Sätze 2 und 3 findet entsprechende Anwendung.“
 6. § 11 Absatz 2 erhält folgende Fassung:
 „(2) Die Vorschriften der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung sind entsprechend anzuwenden, soweit in diesem Gesetz nichts Anderes bestimmt ist. Soweit es für die Durchführung

der Besteuerung erforderlich ist, dürfen die zuständigen Behörden die erforderlichen personenbezogenen Daten verarbeiten und austauschen. § 152 Absatz 2 der Abgabenordnung ist nicht auf Anzeigen nach § 228 Absatz 2 des Bewertungsgesetzes, § 19 Absatz 1 Satz 1 des Grundsteuergesetzes und § 7 Absatz 3 Satz 2 dieses Gesetzes anzuwenden.“

7. In § 12 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Abweichend von § 28 Absatz 1 des Grundsteuergesetzes wird einmalig der Fälligkeitstermin der Grundsteuer vom 15. Februar 2025 auf den 30. April 2025 verschoben. Der Fälligkeitstermin der Grundsteuer nach § 10 Nummer 2 wird einmalig vom 15. Februar 2025 auf den 30. April 2025 verschoben. Sofern vor den Fälligkeitsterminen Zahlungen geleistet werden, werden diese zu den nächsten Fälligkeitsterminen verrechnet, sofern die Steuerpflichtige oder der Steuerpflichtige keinen anderen Verwendungszweck erklärt. § 29 des Grundsteuergesetzes gilt ab dem Kalenderjahr 2025 nur für Steuerbescheide, die nach diesem Gesetz ergangen sind.“

Artikel 2

Änderung des Landwirtschaftskammergesetzes

§ 17 des Landwirtschaftskammergesetzes vom 4. Dezember 1990 (HmbGVBl. S. 240), zuletzt geändert am 12. Dezember 2019 (HmbGVBl. S. 478), wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort „Einheitswert“ durch das Wort „Grundsteuerwert“ ersetzt.
2. In Absatz 2 wird das Wort „Einheitswertes“ durch das Wort „Grundsteuerwertes“ ersetzt.
3. Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Die Umlage wird nicht erhoben, wenn der Grundsteuerwert 5000 Euro oder weniger beträgt. Die Mindestumlage beträgt 15 Euro jährlich.“

Artikel 3

Inkrafttreten

In Artikel 1 tritt Nummer 6 mit Wirkung vom 1. Januar 2023 in Kraft. Im Übrigen tritt dieses Gesetz am 1. Januar 2025 in Kraft.

Ausgefertigt Hamburg, den 22. Oktober 2024.

Der Senat

Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Hochschulgesetzes

Vom 22. Oktober 2024

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft beschlossene Gesetz:

Das Hamburgische Hochschulgesetz vom 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 171), zuletzt geändert am 10. September 2024 (HmbGVBl. S. 480), wird wie folgt geändert:

1. § 4 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - 1.1 Satz 3 erhält folgende Fassung: „Die Hochschule betreibt anwendungsbezogene Forschung und Entwicklung.“
 - 1.2 Es werden folgende Sätze angefügt:

„Die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg bildet in den Bereichen, in denen ihr ein Promotionsrecht nach § 70 Absatz 8 verliehen wurde, den wissenschaftlichen Nachwuchs heran. Im Rahmen kooperativer Promotionen mit Universitäten und künstlerischen Hochschulen beteiligt sie sich an der Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses.“
2. § 70 wird wie folgt geändert:
 - 2.1 Absatz 7 wird wie folgt geändert:
 - 2.1.1 In Satz 1 werden hinter dem Wort „Universitäten“ die Wörter „und künstlerischen Hochschulen“ eingefügt.

- 2.1.2 In Satz 1 werden hinter dem Wort „Betreuung“ die Wörter „und Prüfung“ eingefügt.

- 2.1.3 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„An der Betreuung und Prüfung sind jeweils mindestens eine Hochschullehrerin oder ein Hochschullehrer der Universität oder künstlerischen Hochschule und der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg mit gleichen Rechten und Pflichten zu beteiligen.“

- 2.2 Es wird folgender Absatz 8 angefügt:

„(8) Die zuständige Behörde kann der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg ein fachlich-thematisch begrenztes Promotionsrecht für in einer Organisationseinheit zusammengefasste Promotionsprogramme verleihen, in denen sie eine besondere Forschungsstärke nachgewiesen hat. Bei der Verleihung wird die Qualifikation der dem Promotionsprogramm zugeordneten Professorinnen und Professoren zugrunde gelegt, die in der Regel die durch eine qualifizierte Promotion oder eine gleichwertige wissenschaftliche Leistung gemäß § 15 Absatz 3 nachgewiesene besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit und

durch Drittmittelwerbungen und Publikationen unter Beweis gestellte besondere persönliche Forschungsstärke umfassen muss. Zur Sicherung der wissenschaftlichen Produktivität und Wirksamkeit ist dem Promotionsprogramm eine hinreichende Anzahl an Professorinnen und Professoren zuzuordnen. Den Nachweis besonderer Forschungsstärke kann die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg auf Grundlage einer Begutachtung durch den Wissenschaftsrat oder in vergleichbarer, von der zuständigen

Behörde zu bestimmenden Form erbringen. Die Verleihung kann befristet und unter Bedingungen und Auflagen erfolgen. Die Ausübung des Promotionsrechts ist nach spätestens acht Jahren oder rechtzeitig vor Ablauf einer Befristung zu evaluieren. Der Senat wird ermächtigt, Näheres zur Verleihung des Promotionsrechts nach Satz 1, insbesondere Kriterien und Verfahren zur Feststellung der besonderen Forschungsstärke sowie Grundsätze der Evaluierung, durch Rechtsverordnung zu regeln.“

Ausgefertigt Hamburg, den 22. Oktober 2024.

Der Senat

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Staatsvertrages
zwischen dem Land Hessen und der Freien und Hansestadt Hamburg
über die Führung des Schiffsregisters und des Schiffsbauregisters

Vom 18. Oktober 2024

Gemäß Artikel 3 des Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen und der Freien und Hansestadt Hamburg über die Führung des Schiffsregisters und des Schiffsbauregisters vom 8. Juli 2024 (HmbGVBl. S. 153) wird bekannt gemacht, dass der Staatsvertrag nach seinem Artikel 6 am 1. November 2024 in Kraft tritt.

Hamburg, den 18. Oktober 2024.

Die Senatskanzlei